

Kriegslage gesehen werden, zumal die Menge der dabei Deutschland zufallenden kriegswichtigen Güter relativ klein war und in monatlichen Quoten exportiert wurde. Würde die Intervention, wie geplant, im März/April stattfinden, so würden die Handelskonzessionen an Norwegen ohnehin nur einen geringen Wert haben. Einige Monate lang würden die deutschen zwar mehr Fisch, Eisen und andere Erze bekommen; ehe wichtigere Güter jedoch ausgeführt werden konnten, würde noch einige Zeit verstreichen. Dann wären die Alliierten ihrerseits in der Lage, eine unmittelbare Kontrolle auszuüben.

Der behandelte Zeitabschnitt ist ein sehr anschauliches Beispiel für das Zusammenspielen wirtschaftlicher, politischer und militärischer Motive bei der Festlegung von Entscheidungen. Nur von dieser Gesamtlinie her werden auch die anglo-norwegischen Beziehungen 1939/40 verständlich gemacht werden können, wie dies hier versucht worden ist.

HANS HERZFELD

ZUR NEUEREN LITERATUR ÜBER DAS HEERESPROBLEM IN DER DEUTSCHEN GESCHICHTE

Wheeler-Bennetts „Nemesis of Power“ bezeichnete 1954 den Höhepunkt, aber auch das Ende eines Abschnitts, in dem die Literatur zum Heeresproblem in der neueren deutschen Geschichte trotz aller Schärfe der innerdeutschen Debatte wesentlich vom Ausland bestritten wurde. Es war eine Auseinandersetzung, die ganz überwiegend von zwei Motiven erfüllt war: Das Buch des Nürnberger Anklägers von 1952, Telford Taylors „Sword and Swastika“, ließ in seinem Verdikt über die „außerordentliche und exotische Kriegerkaste“ noch ganz die Erschütterungen des Kriegsendes nachspüren: „käuflich und polyglott“ bis über das Ende des 18. Jahrhunderts hinaus, haben sie bis zu Schlieffen ganz in der Vergangenheit gewurzelt, um dank ihres unzerstörbaren Kastenegoismus durch das Bündnis der deutschen militärischen Führer mit denen der Nazis (S. VII) die Katastrophe des zweiten Weltkrieges zu besiegeln. Indem er sich anschickte, diese „dunkle Geschichte“ zu schreiben, in der „die vulkanische Energie und die furchtbaren Talente der deutschen Nation zweimal den Hegemoniekrieg gegen große Koalitionen entfesselt“ hätten, verschlang sich für ihn dieser historisch-richterliche Ausgangspunkt bereits mit der auf das Gegenwartsproblem einer deutschen Wiederaufrüstung weisenden Fragestellung, ob der deutsche Vulkan „tot oder nur eingeschlafen“ (S. IX) sei.

Im Grunde bestimmte die gleiche historisch-politische Doppelfrage auch noch Wheeler-Bennetts „Nemesis of Power“ und hat diesem Buch neben der literarischen Brillanz und der an entscheidenden Punkten mehr blendenden als stichhaltigen

Fülle des Materials nicht zum mindesten seinen unleugbaren Welterfolg verschafft. Auch für ihn bedeutete das Heeresproblem die Kernfrage der preußisch-deutschen Geschichte nach einem Satze Mirabeaus, daß Preußen nicht ein Land sei, das eine Armee habe, sondern eine Armee, die ein Land besitze. Und auch er schloß diese mit epischer Ausführlichkeit erzählte Tragödie des preußischen und deutschen Heeres in der Politik mit der offensichtlich das ganze Buch überschattenden Frage, ob in der Gegenwart wirklich ein neuer Geist in Deutschland existiere oder das Ganze nur eine neue Szene in der steten Wiederholung der deutschen Geschichte (or is this merely „Where we came in“ in the repetitive history of the German army in politics; S. 702) sei.

In dieser, für die Problematik der Zeitgeschichte so bezeichnenden, methodisch ebenso gefährlichen wie sie befruchtend vorantreibenden Verschlingung der historischen und politischen Fragestellung trat ein zweifacher Gesichtspunkt immer wieder zutage: die These einer durchgehenden Kontinuität der deutschen Geschichte, zum mindesten seit den „großen Hohenzollern“ des 17. und 18. Jahrhunderts, und die Überzeugung, daß in dieser Kontinuität der Einfluß des Heeres auf die politische Entwicklung der bis zuletzt ausschlaggebende Faktor der deutschen Geschichte gewesen sei. Bei Wheeler-Bennett fehlten immerhin schon die schärfsten Töne Telford Taylors über den „anachronistischen Monarchismus und das arrogante Kastenbewußtsein“ (S. 110) des preußisch-deutschen Offizierskorps, in dem „Gewissen und Verantwortung“ durch die Hypertrophie des auf Herrschaft über Europa gerichteten Machtwillens schließlich „hoffnungslos verkümmert“ (S. 174) seien. Er schaltete in das ebenfalls dunkle Bild immerhin auffallende Zwischenspiele ein, so seine Wertung Seeckts als des großen politisch-unpolitischen Soldaten, der durch Loyalität gegen die Weimarer Verfassung den Bestand des 1918 geschlagenen kaiserlichen Heeres gerettet habe; bei aller das Ziel weit aus überschießenden negativen Kritik an der Widerstandsbewegung versagte er doch den Männern des 20. Juli nicht die Anerkennung, daß ihr Opfer mehr gewesen sei als eine militärische Revolte oder die Geste eines verhinderten Ehrgeizes (a gesture of frustrated ambition; S. 689); sie seien von dem tiefen Wunsche beseelt gewesen, ihr Vaterland vor einer Katastrophe zu retten. Aber die Grundlinie, daß die Armee ausschließlich Herr der jüngeren deutschen Geschichte gewesen sei, bleibt auch bei ihm bestehen. Erheblich über das zutreffende Maß hinaus stellt sie ihm „den mächtigsten politischen Einzelfaktor in der Geschichte“ auch der Weimarer Zeit, den „endgültigen Schiedsrichter über die Geschichte des Reiches“ (S. 694) dar. Wohl verkannte er nicht im gleichen Maße wie Taylor, daß der Untergang der alten Armee durch Hitler und den Nationalsozialismus sehr viel mehr eine Katastrophe der Ohnmacht und des Versagens als der Macht und des Willens zur Herrschaft gewesen sei; aber er konnte den ganzen Prozeß doch mit dem Titel seines Buches wieder als Nemesis der Macht bezeichnen: Das Geschick, das dieser Armee ihr Ehrgeiz und der Mangel an intellektueller Integrität bereitet hätten, habe sie mit dem 20. Juli 1944 und der Kapitulation vom 7. Mai 1945 schließlich ereilt.

So ist die Phase der wesentlich außerdeutschen Literatur doch bis zuletzt beherrscht von der im Politischen wurzelnden, historisch vertretenen Doppelthese, daß ein spezifischer Militarismus, der deutschen Geschichte in besonderem Sinne einwohnend, die ganze Entwicklung der neueren Jahrhunderte beherrscht und als vornehmste, hier nahezu ausschließlich gesehene Kraft ihren tragischen Ausgang bestimmt habe. Auch bei Wheeler-Bennett kann die unleugbar vorhandene Erweiterung des ersten in Nürnberg bereitgestellten Quellenmaterials nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Ausgangspunkt nur erst sehr begrenzt durch eine Forschung mit systematisch vertiefter Fragestellung überwunden worden ist. Das gilt vor allem für das in die Vorgeschichte seit Friedrich dem Großen zurückweisende Fundament der These, auf das Wheeler-Bennett, mit dem November 1918 beginnend, überhaupt verzichtete, während Taylor die Konstanz des von ihm behaupteten archaischen „Atavismus“ dadurch beweisen zu können glaubte, daß er als Spätling des älteren käuflichen und abenteuerlichen Söldnertums aus dem 18. Jahrhundert nicht nur Clausewitz, sondern auch Yorck von Wartenburg 1812 auf russischer Seite fechten ließ (S. 5), obwohl er wenigstens nicht ganz verkennt (S. 6), daß der ihnen gemeinsame nationale Impuls sie doch als Ende dieses älteren militärischen Kosmopolitismus erscheinen lasse.

Es bezeichnet gegen diese Stufe eines fast ungefilterten Zusammenfließens von politischen und historischen Motiven das ernste Bestreben, die kritische Legitimität ihrer Verbindung wiederherzustellen, wenn das seit Jahren mit Spannung erwartete Buch des Historikers von Princeton, Gordon Craig, über: *The Politics of the Prussian Army 1640–1945* (Oxford 1955) nun endlich einmal das Thema bewußt als Ganzes faßte. Er legte das Schwergewicht seiner Arbeit, die er als Mitherausgeber der „*Makers of Modern Strategy*“ (Princeton 1948) sowie durch seine gediegenen Studien über Edwin von Manteuffel, die preußischen Militärattachés des 19. Jahrhunderts und General Groener vorbereitet hatte, auf den Zug dieser Entwicklung und behandelte nicht mehr zwei Jahrhunderte nur als Vorhalle der Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Auch bei ihm spielt der Gedanke der Kontinuität dieser Entwicklung eine beherrschende Rolle, aber er wird sofort mit dem kritischen Vorbehalt des Historikers verknüpft, der es zum mindesten als ein gewagtes Geschäft bezeichnet, Spekulationen und leicht gezimmerte Theorien über deutschen Geist und Charakter, die Thesen der deutschen Autoritätsgläubigkeit, des Militarismus und der Angriffslust unbesehen als dauernde Züge des deutschen Wesens statt als Ergebnisse einer sehr bestimmten geschichtlichen Entwicklung anzusehen (S. XIII). Craig verkennt auch nicht, daß, wenn die preußische Armee den preußischen Staat gemacht habe, wenn die politische Entwicklung Preußens und Deutschlands weit mehr als in jedem anderen Lande von der Organisation der Armee, von ihrer Beziehung zu der politischen Gewalt (sovereign power) und dem Willen der Armeeführer abgehängt habe (S. XIV/XV), zum mindesten die große Epoche der Heeresreform nach Jena von dem Wunsche erfüllt gewesen ist, durchgreifende militärische und politische Reformen miteinander zu verschmelzen. Wie Friedrich Meinecke verlegt er den entscheidenden

Wendepunkt der Entwicklung in den Ausgang der großen Reformzeit, in das Jahr 1819, um erst für den Zusammenprall von preußischer Krone und Revolution im März 1848, nun freilich mit schneidender Schärfe, die reaktionär gewordene Armee verantwortlich zu machen, die zu einem bloßen Werkzeug der inneren Unterdrückung entartet sei (S. 83). Diese Wendung bestätigt sich ihm durch die Rolle des konservativen Offizierskorps in der Geschichte des Heereskonflikts, mit der er durch seine ältere Manteuffelarbeit intim vertraut war. Sie setzt sich ihm auch in der Geschichte der Bismarckzeit fort: die Anomalie des monarchischen Heeres im konstitutionellen Staate bedeutet für den amerikanischen Historiker so viel, daß er mit nicht zu übersehendem Akzent schon für diese Epoche als Kapitelüberschrift jene berühmte Formel: der Staat im Staate (Kapitel VI, 1881 bis 1914, S. 217 ff.) verwendet, die in der bisherigen literarischen Diskussion überwiegend erst im Zusammenhang der Weimarer Epoche gebraucht worden war.

Auch dabei macht sich geltend, daß in Craig ein Historiker spricht, dem die Literatur, auch die deutsche Literatur, in vollem Umfang vertraut ist. Sein Buch gibt eine Zusammenfassung des Problems, die nur für bestimmte Punkte den Anspruch auf weiterführende Spezialstudien erhebt: eben jene schon angedeuteten Arbeitsgebiete seiner früheren Studien, zu denen für die Zeit nach 1918 vor allem noch die Verwendung des Seeckt- und Groener-Nachlasses hinzuzufügen ist, mit denen er sich ebenfalls schon in den letzten Jahren beschäftigt hatte, während dieser Schlußteil sonst allerdings in seiner zunehmenden Zusammendrängung des Themas eine manchmal leise enttäuschende, obwohl niemals völlig abhängige und auf eigene Urteilsnuancen verzichtende Anlehnung an Wheeler-Bennett nimmt. Gerade die älteren Teile sind jedoch durchweg auf die klassische Literatur der preußisch-deutschen Geschichte und Heeresgeschichte, besonders für das 18. Jahrhundert und die Zeit der großen Reform nach 1806, aufgebaut. Das Gewicht eines das Thema nicht isoliert lassenden allgemeinhistorischen Hintergrundes ist auch in der Behandlung der Bismarckzeit unverkennbar. Mit aller Schärfe ist vor allem Bismarck von der rein militärisch-ultrakonservativen Partei geschieden, wird betont, daß der Reichsgründer von Anfang an Gegner der reinen Reaktion im Innern gewesen sei. Er habe den von jenen erhofften Staatsstreich vermieden, die Verfassung von 1850 nicht beseitigt und die völlige Zerstörung der Volksvertretung als Institution niemals erstrebt. Die komplizierte Vielschichtigkeit der deutschen Geschichte kommt doch hier ganz anders als bei Craigs Vorgängern zu ihrem Rechte.

Im einzelnen bleibt freilich die Neigung, das unleugbar vorhandene und als ernstes Problem von Gerhard Ritter ebenso sehr anerkannte Schwergewicht des Heeres und seiner Sonderstellung doch wohl zu überschätzen. So bedeutsam als Tendenz und Symptom die Figur eines Waldersee und die Einbrüche der Militärattachés in das politische Feld gewesen sind, so wichtig es ist, daß selbst Bismarck und Caprivi über diese gefährlichen Übergriffe zu klagen hatten (Kapitel VII, S. 255 ff.), bleibt es doch fragwürdig, ob (S. 254) in der ganzen Epoche von 1871 bis 1914 der Einfluß des Militärs auf die Außenpolitik des Reiches noch gefähr-

licher gewesen sei als auf die Innenpolitik. Craig ist objektiv genug, zuzugestehen, daß im Zeitalter des Wettrüstens die stete Sorge um die gefährdete Lage Deutschlands ein legitimes Motiv soldatischer Befürchtungen dargestellt habe. Ebenso zutreffend hebt er hervor, daß dadurch die Koordination von politischer Führung und diplomatischer Vertretung des Reiches mit der militärischen Planung eine Aufgabe von besonderem Ernst dargestellt habe. Man wird auch nicht bestreiten können, daß das Militär, ohne allein verantwortlich zu sein, doch seinen großen Teil an der Verantwortung für das Fehlen dieser Koordination zu tragen hat.

Aber nach der Niederlage Waldersees gegen Bismarck und Caprivi hat diese Ursachenkette eine Rolle von politisch entscheidendem Gewicht vor 1914 nur noch in der Emanzipation der Flottenbaupolitik eines Tirpitz von der politischen Reichsleitung gespielt. Die Erstarrung des von politischen Rücksichten gelösten, fachmilitärischen Denkens bei Schlieffen und im Schlieffenplan ist viel mehr begründet in der gegenseitigen Isolierung von Heer und Politik unter Wilhelm II., die in der Verfassungskonstruktion des zweiten Kaiserreiches wurzelte, als in einer bewußten Grenzüberschreitung des Soldaten. Ihre Folgen waren verhängnisvoll. Auch die deutsche Forschung wird heute kaum mehr leugnen, daß diese Entwicklung in der Julikrise des Jahres 1914 mit der zum Mechanismus werdenden Abhängigkeit der Kriegserklärungen Bethmann-Hollwegs von wirklichen und angeblichen militärischen Zwangsläufigkeiten gipfelte. Aber die Formulierung dieses Endresultates durch Craig scheint mir doch über das zulässige Maß hinauszugehen: „The crucial decisions were made by the soldiers . . . they displayed an almost complete disregard for political decisions.“ Der zweite Teil dieses Satzes ist unbestreitbar zutreffend; aber verkennt das Urteil im ganzen, das sich so eng mit den bekannten Thesen von Bernadotte-Schmitt berührt, nicht doch, daß nun in Deutschland die Isolierung des politischen von einem als autonom anerkannten militärischen Denken fast zum Dogma erstarrt war? Auch die Militärs wurden dadurch in einen Fatalismus der Zwangsläufigkeiten getrieben, in dem sie ihrerseits mehr Exekutanten eines Verhängnisses als Träger wirklicher Entschlüsse waren.

Erst die Entwicklung des ersten Weltkrieges hat dann mit der Gestalt Ludendorffs endgültig die bewußte Besetzung der politischen Domäne durch das Militär gebracht. Diese Jahre sahen damit den Abschluß des das ganze 19. Jahrhundert erfüllenden Prozesses seiner Emanzipation von der politischen Führung. Es war ein Ergebnis, das sicher sehr stark auf der ausgeprägt militärischen Struktur des preußischen Staatswesens und der von ihm bestimmten jüngeren deutschen Geschichte beruhte, aber auch eine Entwicklung, die ihren verhängnisvollen Abschluß, ihre entscheidende Besiegelung erst in dem Glutofen des ersten totalen Krieges der modernen Geschichte fand. Das aber ist kein Zufall, sondern weist einschränkend darauf hin, daß die aus der deutschen Geschichte vor 1914 in die Erschütterungen des 20. Jahrhunderts hinüberweisenden Vorbedingungen und Verknüpfungen zwar nicht übersehen und nicht unterschätzt, aber auch nicht überakzentuiert werden sollten. Craigs Behandlung dieses Problems zeichnet sich

in der bisherigen Literatur durch ihr ernstes Ringen um Objektivität in der Abwägung des Urteils aus, so daß ihr Wert mit dieser seine Ergebnisse beschränken- den Frage nicht etwa aufgehoben wird.

Es kann an dieser Stelle nicht versucht werden, die ganze Fülle neuer und wertvoller Resultate zu berühren, die wir der kurz vor Craig erschienenen Behandlung des gleichen Problems: Vorgeschichte und Kontinuität in der Entwicklung der deutschen Heeresfrage im ersten Bande von Gerhard Ritters: Staatskunst und Kriegshandwerk (München 1954) verdanken. Es ist eine Behandlung des Problems im ganzen (vgl. Besprechung in Zeitschrift für Politik NF I/1954, S. 379–385), die offen von der Frage ausgeht, wie es möglich gewesen sei, daß der Militarismus gerade in Deutschland, dem Deutschland des Nationalsozialismus, seine Höchstform erreichen konnte. Sie wendet sich mit scharfer Kritik gegen die Neigung, die Epoche des Militarismus als bewegende, beherrschende Macht in der deutschen Geschichte über die Konflikte des 20. Jahrhunderts hinaus vorzudatieren. Ohne die wesentlich militärische Farbe der preußischen und deutschen Geschichte zu leugnen, liegt der Akzent auf der Betonung der Wesensverschiedenheiten, die Friedrich II., Clausewitz und die Reform trotz allem stürmischen Erwachen des modernen Nationalismus, aber auch die Epoche Bismarcks und Moltkes, von diesem modernen Militarismus der totalitären Epoche trennen. Gerade Ritter hat in seiner Behandlung des Heereskonflikts der 60er Jahre – mit vielfach die Grenzen unserer Kenntnis erweiternder Forschung – so stark wie wenige vor ihm hervorgehoben, daß die immer härtere konservative Scheidung des monarchischen Heeres vom Strome der modernen Entwicklung zum Verfassungsstaat einen verhängnisvollen Wendepunkt der deutschen Geschichte darstellt. Aber für ihn ist auch die von Clausewitz' Primat der Politik über die Kriegführung abführende Entwicklung des modernen soldatischen Fachmannes, ist Moltkes Autonomie des militärischen Denkens gegenüber der Politik des Reichsgründers doch noch immer durch eine tiefe Kluft von dem Siege des radikalen und naturalistischen Nationalismus und Imperialismus in der Folgezeit geschieden. So wenig er den Gedanken der historischen Kontinuität leugnet, und so sehr er hervorhebt, daß der Knoten für die weitere Entwicklung, die Hypertrophie des Militärischen seit dem ersten Weltkrieg, vielfach schon in der Epoche von Heereskonflikt und Reichsgründung geschürzt wurde, so entscheidendes Gewicht legt er darauf, daß weder von Friedrich dem Großen, noch von Bismarck die Linie unmittelbar zu Ludendorff und Adolf Hitler gezogen werden kann. Trotz aller zugestandenen kämpferischen Dämonie des Reichsgründers gilt für ihn: „Der Irrglaube rationaler Nationalisten und Imperialisten, der unter seinen Epigonen sich auszubreiten begann, als ob das Wesen der Politik sich im Machtkampf erschöpft, hätte sich niemals auf Bismarck berufen dürfen (S. 329).“

Der Ausgangspunkt dieser These, die sich gegen eine Zusammenfassung der deutschen Geschichte und der preußisch-deutschen Heeresgeschichte im besondern unter dem Generalnenner des Militarismus wendet, ist bei Ritter eine Definition des vielumstrittenen und ohne sorgsame Umgrenzung so gefährlich viel-

deutigen Begriffes, die aufs engste mit seinen früheren Arbeiten, seiner Antithese von Kriegsordnung und Friedensordnung, verknüpft ist. Diese Scheidung hat sich jetzt fortentwickelt zur Antithese einer Staatsräson – der Staatsräson Friedrichs II. und Bismarcks –, die im Dienste dauernder Gültigkeit ihrer Schöpfungen durch Ratio und ethische Forderung begrenzt bleibt, und eines Militarismus, der in sich keine Schranken gegenüber der Pervertierung zu letzter Steigerung des naturalistischen Machtkampfes besitzt. Bei aller Berührung mit Friedrich Meineckes Ideen über die Staatsräson bleibt deutlich, daß Ritter den von jenem beleuchteten tragischen Dualismus im Wesen der Staatsräson, ihre naturalistische Macht-, ihre Nachtseite, zwar nicht leugnet – weder bei Friedrich II. noch bei Bismarck ist das der Fall –, aber sie doch an die Grenze seiner Begriffsbildung zurückdrängt. Ihn erfüllt aus der Idee einer „echten“ Staatsräson die Überzeugung, daß die Gipfelscheinungen der preußischen und deutschen Geschichte, auf ihren letzten Gehalt gemessen, dem Postulat einer echten, aufbauenden, nicht zerstörenden Staatsräson gerecht geworden sind.

Diese Grundlinie in der Anlage des Ritterschen Buches ist inzwischen Gegenstand einer Diskussion geworden, die sowohl die begriffliche Konstruktion wie die Folgerungen für das Phänomen des Militärischen in der deutschen Geschichte in Frage gezogen hat.

Durch die Entgegenstellung von Staatsräson und Militarismus – des Militarismus als „einer Übersteigerung und Überschätzung“ des Militärischen, der wesentlich im Außenleben der Staaten als zum Krieg führender Ausdruck eines einseitig kämpferisch aufgefaßten politischen Verhaltens sich auswirkt (S. 13) – ist allerdings eine gewisse Problematik entstanden. Gerhard Ritters Buch verfolgt zwar, besonders für das 19. Jahrhundert (vgl. die Ausführungen über Heeresreform und Clausewitz, über das Denken Bismarcks und Moltkes, über die „penetrante Wirkung hegelscher Ideen“, S. 262 ff.) durchaus auch die Ausstrahlung der „Militarismus“-Frage in den inneren Organismus des deutschen Lebens. Aber es ist richtig, daß aus dieser Koppelung von Staatsräson und Militarismus in einer Antithese, die die Möglichkeit ihrer gegenseitigen Durchdringung in der geschichtlichen Entwicklung zurücktreten läßt, seine Fragestellung nicht mit gleicher Schärfe und Aufmerksamkeit dem Problem der sozialen Prävalenz militärischer Haltung und militärischen Einflusses in der inneren Geschichte Preußens nachgeht.

Schon für das Preußen des 18. Jahrhunderts bleiben nach dieser Richtung sehr ernste Fragen. Die – geschichtlich schwer als vermeidbar zu denkende – Anspannung des militärischen Machtwillens hat die Armee dieses Agrarstaates so sehr zum Zentrum des Staates, seiner Organisation wie seiner Leistungen gemacht, daß die Armee und ihre Bedürfnisse in der Tat das ganze soziale System des alten Preußens (für eine bestimmte Seite, das Leben der Gutsherren und Bauern, ist das Problem behandelt in der ungedruckten Berliner Dissertation von Otto Büsch: Die soziale Militarisierung im alten Preußen; Berlin 1953) überschatteten. Aufstieg und Größe dieses alten Preußens im 17. (seit dem Großen Kurfürsten) und 18. Jahrhundert, ebenso wie sein jäher Zusammenbruch durch Jena fallen nahe-

zu mit der Geschichte seiner Armee zusammen. Denn auch das Versagen dieses alten Preußens vor der Aufgabe rechtzeitiger Reform hängt im militärischen wie zivilen Leben unlösbar mit der eisernen inneren Konsequenz des Aufbaues im ganzen zusammen. Er konnte erst durch die Katastrophe einer Niederlage gesprengt werden, um in mehr als einer Richtung auf die Zukunft auszustrahlen, nicht zum mindesten durch die Fortdauer der bisherigen sozialen und wirtschaftlichen Machtposition des preußischen Adels, die auch nach 1807 und 1815 die preußische Geschichte bestimmend geprägt hat. Diese sozialgeschichtliche, innenpolitische Seite, eine Fragestellung, die sich auch für die Folgezeiten immer wieder anmeldet, ist in der bisherigen deutschen Forschung nicht annähernd so stark wie in der immer nach dieser Richtung weisenden Fragestellung des Auslandes, Amerikas vor allem, berücksichtigt worden. Es bleibt fragwürdig, ob Militarismus, allgemein gefaßt als überstarke Entwicklung des Militärischen, auch bei einer mit disziplinierter Objektivität gehandhabten Anwendung des Begriffes, die die preußische und deutsche Geschichte nicht etwa unzulässig isoliert, dem Preußen des Ancien régime und seiner Fortentwicklung in der deutschen Geschichte so fremd gewesen ist, wie es nach dem Ergebnis Ritters erscheint.

Ludwig Dehio (Um den deutschen Militarismus, *Hist. Ztschr.* 180, 1955, S. 43–64) hat mit großem Nachdruck gegen Ritters Friedrichbild – gegen die in Staatskunst und Kriegshandwerk sozusagen ausgesprochene Absolution Friedrichs des Großen vom Militarismuskomplex – eingewendet, daß darin der von Friedrich Meinecke vertretene Dualismus im Wesen der Staatsräson, ihre von Ritter nicht geleugnete, aber – wie bei Bismarck – hinter der rationalen Begrenzung des Machtwillens und des ethischen Königsdienstes letzten Endes zurückgestellte elementare, dämonisch-harte Seite zu sehr verkürzt worden sei. Es geht ihm zu weit, wenn der Wegbahner der Pleonexie in der preußischen Geschichte schließlich im ganzen doch als ein Repräsentant friedlicher Dauerordnung erscheint, während Ludwig XIV., Karl XII. und Napoleon I. jenseits der Barriere verbleiben: Daß Friedrich Sieger wie Bismarck, jene – mit Ausnahme Karls XII. – doch nur in einem Teilsinne Besiegte der Geschichte gewesen sind, ist freilich eine Verschärfung der Argumentation, die Ritter sicherlich ferngelegen hat und für das Problem kaum entscheidend ist. Es fällt höchstens in einem sehr indirekten Sinne ins Gewicht: dem Fortbestand ihrer Leistungen, der für Ludwig XIV. und Napoleon sicher nicht geringer ist als für den Preußenkönig.

Dehios Forderung (S. 64), daß das Problem der Machtpolitik und des Militarismus in der neueren Geschichte ebenso unbefangen für Peter den Großen und Stalin in der Kontinuität der russischen Geschichte, für Ludwig XIV. und Napoleon in der französischen wie für Friedrich den Großen und Hitler in der deutschen Geschichte geprüft werden müsse (S. 64), ist sicherlich unbestreitbar. Und es bleibt der Zweifel, ob die imponierende Leistung Gerhard Ritters durch jene ihn begrifflich bestimmende Antithese von Staatsräson und Militarismus nicht dazu gelangt ist, bestimmte Fragestellungen vornehmlich zu belichten, während andere, problematische Seiten dadurch zu stark zurücktreten: Dehios Nachweis,

daß die Staatsräson Ritterscher Prägung in dieser Gegenüberstellung zum Militarismus zu stark von ihrem machtpolitischen Gehalt in der Geschichte getrennt werde, daß die dem Politischen innewohnende Tendenz zu Herrschaft und Macht dadurch zu sehr verblasse, ist allerdings eine sehr ernste Frage. Wird die elementare Seite des Willens zur Macht nicht auf Grund einer ethisierenden Kategorie, der Frage nach der vernünftigen Selbstbegrenzung des Machtwillens, zu weitgehend ausgeklammert? Bei Gerhard Ritters Friedrich II. droht in der Tat zwischen dem Aufbruch zum Rendezvous des Ruhms, zur Eroberung Schlesiens 1740, und der Selbstbegrenzung der späteren Regierung ein schwer zu überbrückender Zwiespalt zu entstehen.

Die Ursache des Gegensatzes, der sich so zwischen Ritter und Dehio in der Frage aufgetan hat, ob der Begriff des Militarismus in der preußischen und deutschen Geschichte erst im 20. Jahrhundert seinen Ort zu finden habe oder als Problemstellung auf den Verlauf des preußisch-deutschen Aufstieges seit Friedrich II. (oder selbst dem Großen Kurfürsten) zurückverfolgt werden müsse, ist nach allem nicht allzu schwer zu erfassen. Gerhard Ritters Fragestellung geht aus von der abgeschlossenen Hochform des Militarismus im totalen Kriege und totalitären Staate des 20. Jahrhunderts. Für diese Erscheinungen ist es zutreffend, daß die Dynamik eines unbedingten Machtwillens, die Verfügung über die Menschenmassen moderner Nationen und die Mittel einer in schrankenloser Entwicklung befindlichen Technik alle Schranken der Staatsräson durchbrochen haben. Bis an das Ende des 19. Jahrhunderts erschien aber die Paarung von Machttrieb und rationaler Begrenzung der Zielsetzung im Beispiel von Gestalten wie Friedrich II. und Bismarck durchaus noch möglich, obwohl nicht bestritten werden soll, daß die beiden gemeinsame Einsicht in die Grenzen ihrer Machtmittel – des alten Preußens wie der Bismarckschen Reichsgründung – im Verhältnis zu der reicheren natürlichen Machtausstattung älterer Rivalen im Staatensystem ihren gewichtigen Anteil daran besessen hat, sie vor der Sackgasse zu warnen, in der die Hegemoniepolitik Ludwigs XIV. und Napoleons I. endete.

Im letzten Prinzip aber ist der Motor des – auch und sogar wesentlich – mit militärischen Mitteln seine Ziele anstrebenden Machtwillens, der auch nach Ritter in jeder Staatsräson enthalten ist, identisch in älterer und jüngerer Geschichte. Das ist die Seite des Problems, von der aus Dehio die Frage stellt, ob ein Problem des Militarismus, das die Übersteigerungen der deutschen Kraftentfaltung im 20. Jahrhundert nach seiner Überzeugung vorbereitet hat, nicht – ohne Identifizierung der historischen Stufen – in das Verständnis der Katastrophen des ersten und zweiten Weltkrieges einbezogen werden muß. Ist es nicht auch in der Geschichte des älteren Preußens, in der entscheidenden Bedeutung der militärischen Macht für den Vollzug der Bismarckschen Reichsgründung, in der von der allgemeinen Ebene des Verfassungslebens im 19. Jahrhundert abweichenden starken Autonomie des Militärischen und in einem von militärischen Kategorien weitgehend bestimmten machtpolitischen Denken vor 1914 festzustellen?

Gewiß nähert sich diese Problemstellung jener Auffassung, die G. Craig bereits

im Titel seines Buches „The Prussian Army in Politics, 1640–1945“ zum Ausdruck gebracht hat. Aber sie braucht, richtig gehandhabt, jene sorgfältige Scheidung zwischen der älteren militärischen Geschichte Preußens und gewissen Phänomenen ihrer Entwicklung im 20. Jahrhundert nicht aufzuheben, an der Gerhard Ritter entscheidend gelegen ist. Gerade die Überwältigung der militärischen Tradition des alten Preußens und Deutschlands durch den Nationalsozialismus zeigt ja, daß diese Problemstellung ihre Fruchtbarkeit sofort verlieren würde, wenn sie übersieht, daß die blinde Gewalttätigkeit der modernen Weltkriege – schon bei Ludendorff – nicht einfach dem Erbe der Vergangenheit entstammt. Sie kann nur daraus begriffen werden, daß durch die politische, soziale, technische Dynamik im Zeitalter des Imperialismus neue, denaturierende Antriebe in dieses Erbe getragen wurden, so daß sich eine einfach lineare Verbindung von Vergangenem und Gegenwärtigem schlechthin verbietet. Vermag schon diese Feststellung mäßigend auf die Schärfe des Kontrastes einzuwirken, die sich im ersten Augenblick aus der Gegenüberstellung der Thesen Dehios und Ritters zu ergeben scheint, so sollte in der Diskussion ein weiterer Gedankengang ebenfalls temperierend berücksichtigt werden.

Es ist zum sehr großen Teil das Verhängnis der Militarismuskritik gewesen, daß die Einzigartigkeit des Falles Deutschland im 20. Jahrhundert dazu verführt hat, den Problembereich bisher fast nur auf dem Felde der deutschen Geschichte durchzufechten. Unbestreitbar führte der besondere Gang der deutschen Staatsentwicklung zu einem Nachholungsprozeß seit der Höhe des 18. Jahrhunderts, in dem der Einsatz militärischer Macht eine frappant große Rolle gespielt hat. Das uns immer wieder als Anomalie beschäftigende Eigengewicht von Armee und Durchschlagskraft des militärischen Denkens auch im Verfassungsleben ist nur die unvermeidliche Folge – unvermeidlich jedenfalls im konkreten, nicht hypothetisch konstruierten Ablauf der Ereignisse – dieser Geschichte gewesen. Weder für die Epoche Friedrichs des Großen noch für die Napoleons würde die Bilanz des Machtanges in der vergleichbaren Geschichte der europäischen Nationen eine Belastung geben, die hindern könnte, eine aus besonderen Gründen entspringende Stärke der militärischen Kraftanspannung im alten Preußen zuzugeben, ohne daß deswegen ein besonderes qualitatives Verdammungsurteil über seine Geschichte anerkannt werden müßte. Das Problem erscheint für die Bismarcksche Epoche komplizierter, spannungsreicher zu liegen, weil hier sozusagen der „Macht“-Charakter des Ringens um den Gewinn einer den anderen Völkern ebenbürtigen Großmachtstellung sich schon herausfordernder gegen einen in der Wandlung begriffenen Zeitgeist abzuheben beginnt. Das deutsche Volk wurde durch seine Erfolge verleitet, sich vorübergehend der Illusion einer Weltmachtstellung hinzugeben. Auch in der Außenwelt wurde die gleiche, echte Befürchtung erzeugt, daß eine neue Hegemonialmacht im Stile vergangener Jahrhunderte sich angemeldet habe. Das alles bedeutet nicht, daß der spezifische Militarismus des 20. Jahrhunderts bereits der älteren deutschen Geschichte angehört. Es läßt aber die Frage zu, wieweit diesem Phänomen der jüngsten Geschichte durch die Besonderheit der früheren

preußischen und deutschen Geschichte vorgearbeitet ist. Läßt sich die Kontroverse Ritter-Dehio über den Militarismus in der neueren deutschen Geschichte so auf ihren, wie ich glaube, wirklichen Kern begrenzen, ohne daß die Differenz der Standpunkte zum Verschwinden gebracht werden soll, so müßte die Definitionsfrage zu einem Problem werden, das sich *sine ira et studio* erörtern läßt. Die sehr elastische Definition Ritters widersetzt sich erst in ihrer eigentümlichen Verbindung mit seinem Begriff der Staatsräson der Anwendung auf die Epoche vor dem 20. Jahrhundert. Nimmt man aber in die Definition des Militarismus nicht jene stark affektgeladene, abwertende Färbung hinein, die sie in den ersten Nachkriegsjahren begreiflicherweise tragen mußte, versteht man ihn in jenem sehr viel allgemeineren Sinne, der dem angelsächsischen Terminus des „militarism“ im Grunde zu eigen ist, so kann diese Fragestellung ein Werkzeug werden, das dem Verständnis der preußischen und deutschen Geschichte nützliche Dienste zu leisten vermag. Denn sie ist dann geeignet – wie Dehio will –, in die echte, nicht willkürlich geschaffene Problematik unserer Geschichte hineinzuleuchten, ohne daß jene – von Ritter befürchteten und bekämpften – Identifikationen sehr verschiedener Geschichtsstufen in Bausch und Bogen angenommen werden. Das Feld würde frei werden, auf dem Leistung und Problematik des preußischen und deutschen Heeres seit dem 17. und 18. Jahrhundert in einer Weise erörtert werden können, die nicht unzulässig von den Katastrophen des 20. Jahrhunderts her überschattet wird. Es brauchen dann nicht Zusammenhänge bestritten zu werden, die auch Gerhard Ritter kennt und selbst schärfer als seine Vorgänger beleuchtet hat, wenn er von der Gefahr spricht, die in der Verengung des Heeres der allgemeinen Wehrpflicht zum monarchischen Heer enthalten war. Er hat dabei selbst das Stichwort vom Offizierskorps als Prätorianergarde (S. 182) – vorsichtig einschränkend gefaßt – nicht vermieden.

Nach 1918 hat die Erörterung des Verhältnisses von Heer und Politik in Deutschland während der Jahre 1917/18 zu den am meisten erörterten und am heftigsten umstrittenen Teilproblemen aus dem Fragenkreis des ersten Weltkrieges gehört. Heute ist gerade diese Frage polemisch weitgehend zurückgetreten. Zwischen In- und Ausland, zwischen Gordon Craig und Gerhard Ritter, um nur zwei Namen zu nennen, herrscht Übereinstimmung oder scheint Übereinstimmung zu herrschen, daß die alle wesentlichen politischen Entscheidungen an sich reißende Machtfülle der 3. Obersten Heeresleitung, die historische Rolle Ludendorffs, den entscheidenden – Dehio würde zum mindesten zugestehen, den die vorbereitende Entwicklung vollendenden – Einbruch des Militärs in die Politik darstelle. Dies vorläufige Zurücktreten der Arbeit auf diesem Gebiete hängt in der Hauptsache sicher damit zusammen, daß die deutschen Dokumente des ersten Weltkrieges seit Kriegsende der Forschung nicht mehr zugänglich waren, ein Zustand, dessen nahe Beendigung auf das stärkste zu begrüßen ist, da das Thema in keiner Weise als erschöpft gelten kann. Sowohl die Friedensmöglichkeiten und die Friedensfühler des ersten Weltkrieges wie vor allem die Ostpolitik der 3. Obersten Heeresleitung in Baltikum- und Polenfrage, Brest-Litowsk und Bukarest, ihre Ukraine-

politik im Jahre 1918 sind Themen, für die ein intensives Aktenstudium noch sehr wesentliche Bereicherung und Vertiefung unserer Kenntnisse ergeben wird, allerdings wohl mit Sicherheit keine wirklich tiefgreifende Abwandlung jener grundlegenden Bewertung, daß das Phänomen des totalen Existenzkrieges auch die Problematik des Ringens von Militär und Politiker sofort zur dramatischsten Höhe gesteigert hat. Da nach 1933 der Primat eines „politischen“ Willens der Armee mit äußerster Brutalität aufgezwungen wurde, wird man sogar sagen können, daß dieser erste Wellenkamm elementar aus der Gefährdung des Reiches geborener militärischer und ausschließlich von der militärischen Basis her denkender, nur quasipolitischer Pleonexie in der militärischen Bestimmung der Politik dem Übergewicht des Heeres in der deutschen Geschichte den stärksten und reinsten Ausdruck gegeben hat. Der Vergleich dieser Epoche sowohl mit der Weimarer Zeit wie mit den Jahren des Nationalsozialismus wird vermutlich zu dem Ergebnis gelangen müssen, daß das Heer zwar nach 1918 der einzeln genommen materiell stärkste Machtfaktor des deutschen Lebens – unter der Voraussetzung machtpolitischer Austragung innerer Konflikte – geblieben ist. Aber es hat niemals wieder jene Anerkennung seiner Stellung als Kern und Träger des staatlichen und nationalen Lebens erreicht, die ihm in den Jahren des ersten Weltkrieges zugestanden wurde. Die gegenwärtig bestehende Schwäche der Literatur an diesem Punkte enthält also die Gefahr, daß die Proportionen der Entwicklung sich zu Lasten der Zeit nach dem ersten Weltkriege verschieben. Eine Korrektur erscheint dringend erwünscht. So, wie heute die Dinge stehen, wird kaum etwas gegen das Ergebnis Gordon Craigs (S. 341) eingewendet werden können, die seit 1916 sich vollendende Militarisierung der politischen Entscheidungen habe damit geendet, daß Machtdrang und illusionärer „Realismus“ des militärischen Denkens entscheidend zum Sturz der Monarchie beigetragen habe, die das Heer so lange und so zäh in ihrem historischen Charakter verteidigt hatte.

Um so reicher und bewegter ist das Bild der Literatur auf dem Gebiete der Weimarer Geschichte und – mit einer aus Gründen der quellenmäßig noch immer begrenzten Zugänglichkeit gegebenen Beschränkung – der Geschichte des Nationalsozialismus, wo die deutsche Forschung begreiflicher-, aber in gewissem Sinne auch bedauerlicherweise noch immer ganz überwiegend von dem erregenden Fragenkreis der Widerstandsbewegung angezogen wird.

Man wird es wohl als die zentrale Aufgabe der weiteren Fragestellung und Forschung bezeichnen müssen, daß sie sich von ihrem selbstverständlichen Ausgangspunkt, der internationalen und deutschen Schuldfragenstellung des Zusammenbruchs von 1945, nicht einfach zu lösen habe – das würde den Ernst dieser Frage verkennen –; wohl aber muß sie sich schützen gegen die in ihm enthaltene Gefahr einer unmittelbaren Politisierung und der Verengung auf Teilfaktoren der Entwicklung. An ihre Stelle muß eine auf die allgemeinen, die Entwicklung bestimmenden Kräfte gerichtete Fragestellung treten, die die Gefahr vermeidet, sich isoliert nur der deutschen Seite der großen Tragödie zuzuwenden.

Es ist sofort nach dem Erscheinen des Buches von Wheeler-Bennett gegen ihn mit Recht eingewendet worden, daß diese Klippen hier in der Neigung zum Ausdruck kommen, die Tragödie des Verhältnisses von Heer und Politik in Deutschland seit 1918 überstark in der geschichtlichen Rolle weniger Persönlichkeiten, Seeckts, Schleichers und Groeners, konzentriert zu sehen und die Konturen dadurch unzulässig zu vereinfachen. Vor allem die Gegenüberstellung von Seeckt, dem Manne der Loyalität aus Klugheit gegen die Weimarer Demokratie, und Schleicher, dem bösen Genius einer von Seeckt abführenden direkten Politisierung der Armee, gibt bei Wheeler-Bennett die bestimmende Grundlinie des Weges zum Abgrund her. Hand in Hand damit geht eine handfeste, die ganze Entwicklung zur fatalistischen Zwangsläufigkeit prägende Überschätzung der Reichswehr als Machtfaktor. Sie gipfelt darin, daß für die Episode der Außenpolitik Stresemanns – der doch zweifellos Sieger über die Opposition Seeckts geblieben ist – die Behauptung (etwa für Ende 1923, S. 139) aufgestellt wird, Seeckt sei nicht nur „der anerkannte Schiedsrichter“ der inneren Angelegenheiten des Reiches – schon das zu weitgehend, wie sein Zurückweichen vor der ihm von rechts angetragenen Diktatur beweist – gewesen, sondern – dies völlig irreführend – in großer Ausdehnung auch seiner Außenpolitik. Wenn Seeckt als der weitschauende Planer, Schleicher als der politische Opportunist katexochen (S. 152) geschildert wird, so sind damit vielleicht die Schwächen, nicht die ganze Figur Schleichers richtig getroffen. Für Seeckt ist es historisch sehr viel wahrscheinlicher, daß seine ganze Konstruktion der Reichswehr als „Staat im Staate“ mit ihrer passiv zwischen Kritik und Feindseligkeit verharrenden Haltung zur Demokratie eine aus der Not der ersten Nachkriegsjahre geborene Politik des „wait and see“ gewesen ist, als die überlegen vorausschauende Meisterung einer Krise, für die keinerlei helfendes Präzedens aus der Geschichte dieses ganz monarchischen Heeres zur Verfügung stand. Diese auf die Persönlichkeiten zugespitzte Antithese zwischen Seeckt als dem repräsentativen Retter der Armee gegen Schleicher, „den bösen Genius der späteren Weimarer Zeit“, der die schlechtesten Züge des „politischen Generals“ symbolisiert (S. 182), findet vielleicht darin ihre höchste Steigerung, daß die Laufbahn Groeners viel zu stark unter das Vorzeichen der Schleicherperiode (1926–32) gestellt wird. Gewiß hat auch Groener an dem Gedanken der streng überparteilichen Wehrmacht festgehalten; aber ist der „Staat im Staate“ bei ihm noch identisch mit der Auffassung Seeckts? Groener hat die Weimarer Verfassung schon 1923 gegen den strengen Monarchisten Hindenburg als entwicklungsfähige Grundlage bezeichnet, auf der sich die Nation verständigen könne und solle. Das ist sicher nicht mehr das gleiche wie die kritische Distanzierung Seeckts und das unruhige Experimentieren Schleichers. Und diese Neigung zu überstarker Vereinfachung wirkt fort bis zu der Kritik gegen die Langsamkeit der Entwicklung eines militärischen Widerstandes seit 1933, an den inneren Grenzen und der Erfolglosigkeit der Generalsopposition von 1938. In Wheeler-Bennetts erbarmungsloser Abrechnung mit allen Widerstandsversuchen bis auf die letzte, äußerste Steigerung des Attentatsplanes bleibt sich der Charakter der Werturteile

des Buches gleich. Es fragt nicht so sehr nach den historischen Kräften und Bindungen, die die freie Bewegung der Militärs im Raume des persönlichen Entschlusses tragisch, aber doch vielfach unvermeidlich begrenzten, sondern legt dem Urteil feste Alternativen zugrunde, jenseits deren nur das Verdikt des charakterlosen Opportunismus übrigbleibt.

Auch die knappe Behandlung dieses Schlußdramas bei Gordon Craig gelangt im Anschluß an Wheeler-Bennett weitgehend zum gleichen Ergebnis. Hier findet sich die These, die Generalität (S. 496 ff.) habe konsequent, unversöhnlich und im ganzen mit Erfolg gegen die Weimarer Demokratie gekämpft, dann aber, vor allem 1938, in der vielleicht günstigsten Stunde für den Widerstand, völlig versagt: *neither did they (the great majority) so, nor recognised (they) that they had any obligation to do so; and it is in this failure that the responsibility of the officer corps lies.* Gordon Craig spricht – für 1939 – mit großer Schärfe von der „Tiefe der Unverantwortlichkeit“, mit der selbst Halder nach der Sudetenkrise den Widerstand als unmöglich aufgegeben habe. Er endet (S. 503) mit dem Generalurteil, daß bei technischer Virtuosität und physischem Mute diesem Offizierskorps „jede Spur des moralischen Mutes, der geistigen Unabhängigkeit und der tiefen Vaterlandsliebe gefehlt habe, die die Laufbahn so großer Soldaten wie Scharnhorst, Boyen und Gneisenau in der Vergangenheit“ bezeichnet habe.

Die sorgfältige Forschung Craigs verfeinert allerdings an einer ganzen Reihe von Punkten das durch Wheeler-Bennett gezeichnete Bild. So besitzt er ein sehr viel stärkeres Verständnis für die Zwangsläufigkeit des Paktes Ebert-Groener in der Krise der Novemberrevolution und die Unvermeidlichkeit des Weges, der über die Freikorps zur Reichswehr führte. Das Bild der Reaktion der Militärs auf die Pariser Friedensverhandlungen ist unter Benutzung der jetzt auch von Fritz T. Epstein (Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte III, 1955, S. 412–445: Zwischen Compiègne und Versailles. Geheime Militärdiplomatie in der Periode des Waffenstillstandes 1918/19) beleuchteten Anknüpfungen mit dem amerikanischen Obersten Arthur L. Conger wesentlich vertieft worden. Die Beurteilung Seeckts, der letzten Endes doch der Urheber seines eigenen Sturzes gewesen sei, ist wesentlich kritischer; die Gestalt Groeners wird auf Grund seiner Papiere mit erheblich größerer Gerechtigkeit gezeichnet. Aber auch G. Craig formuliert für den entscheidenden Augenblick der Machtergreifung in Anlehnung an ein Zitat Friedrich Meineckes (Deutsche Katastrophe, S. 76) – und zwar mit einer über Meineckes vorsichtige Begrenzung doch hinausgehenden Stärke – das Urteil: *„in the last analysis, that event proved the validity of the maxim: exercitus facit imperatorem“* (S. 428). Wie Wheeler-Bennett (S. 283) ist auch er (Craig, S. 565 f.) geneigt, der Annahme eines gegen Hindenburg gerichteten Staatsstreichversuches der Reichswehrführung Schleicher-Hammerstein noch ein viel zu weit gehendes Gewicht beizumessen (vgl. dagegen jetzt: Karl-Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Demokratie. Schr. des Instituts für Politische Wissenschaft Berlin, Bd. IV, Stuttgart-Düsseldorf 1955, S. 721 f.). So kommt er zu dem Ergebnis, dem Heer in der Krise von 1933 eine sehr viel aktivere Schlüsselstellung zuzuschreiben, als es tatsächlich

besessen hat: „At this crucial moment in German history, the army command swung to his (Hitlers) side“ (S. 466). Von allen Irrtümern, die politische Generale in der langen Geschichte der preußischen Armee begangen hätten, sei dies „der größte und, für die Nation, tragischste“ (S. 467) gewesen. Es ist ein Urteil, das man gewiß für die Hilflosigkeit des Heeres dieser Krise gegenüber nicht anfechten kann, das aber in seiner nach der aktiven Seite gehenden Färbung bezeichnend stark von einer Formulierung Helmut Krausnicks (Die Vollmacht des Gewissens; München 1956, S. 196) abweicht, die mit ihrer präzisen Sachlichkeit die wirklichen Vorgänge des 30. Januar 1933 sehr viel prägnanter trifft: „Hitler gelangte in die Reichskanzlei mit Hilfe der Umgebung Hindenburgs, über die Hintertreppe. Sang- und klanglos wurde die Reichswehr aus ihrer Riegelstellung herausmanövriert.“

Dieser Satz beleuchtet nur den in der neueren deutschen Literatur zutage tretenden Grundstrom einer Fragestellung, die von der dramatisierten Geschichte der Weimarer Demokratie mit der grellen Scheidung von Gut und Böse, Engeln des Lichts oder Dämonen der Verdammnis, zu einem echten Verständnis der tieferliegenden geschichtlichen Kräfte gelangen möchte, ohne darüber die Bereitschaft und die Entschiedenheit der historischen Kritik etwa preisgeben zu wollen.

Das ist die Grundtendenz des Bracherschen Buches über die „Auflösung der Weimarer Demokratie“. In dem weit gesteckten Rahmen seiner Untersuchung der strukturellen Schwächen des Staates von 1919 hat Wolfgang Sauer dem Reichswehrproblem eine straff auf die Hauptprobleme konzentrierte Behandlung gewidmet. Sie hat gelegentlich den Mut zu einer an die Grenzen der im engeren Sinne historischen Fragestellung heranastreifenden Analyse. Hierher gehört die Frage, ob die Beschränkung der deutschen Rüstung auf eine Polizeitruppe durch den Friedensvertrag nicht die Erwägung hätte nahelegen können oder gar sollen, den Weg zur Gleichberechtigung nur mit den Mitteln einer modernen Außenpolitik zu erstreben. Tatsächlich hat Weimar eine Politik des Kompromisses getrieben, die niemals aus dem Schwanken zwischen Vertragserfüllung und Vorbereitung der Aufrüstung nach Fortfall der Vertragsfesseln hinausgelangt ist. Hätte eine sehr kühne und sehr moderne Außenpolitik versuchen können, das Instrument des Völkerbundes und der Abrüstungspolitik bis zu seinen letzten Konsequenzen auszuspielen? Diese Frage liegt um so näher, da alle Vertragsumgehungen, vor 1930 jedenfalls, keine Ergebnisse geliefert haben, die zu der Belastung der deutschen Politik in erträglichem Verhältnis gestanden hätten. Auf der anderen Seite braucht kaum ausgeführt zu werden, in wie hohem Grade eine solche unerschütterliche „Verständigungspolitik“ den Stempel der Utopie getragen haben würde. Ferner leidet diese hypothetische Konstruktion an dem vom Autor selbst zugestandenem Mangel, daß in der dauernden Existenzkrise des Reiches nach 1919 nicht einmal die verantwortliche Führung der Sozialdemokratie, beginnend mit Ebert und Noske, noch weniger ein so ausgeprägter Exponent des Verteidigungsgedankens wie Wirth (in seiner jetzt durch Helbig beleuchteten Ostpolitik, vgl. Herbert Helbig: Die Moskauer Mission des Grafen Brockdorff-Rantzau. Forschungen zur

Osteuropäischen Geschichte [Osteuropa-Institut, Berlin] Bd. II, 1955, S. 286–344) bereit gewesen wäre, dies Risiko angesichts der Rüstung Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei auf sich zu nehmen. In diesem Sinne unhistorisch oder doch überhistorisch, behält die Fragestellung ihre Bedeutung, weil sie geeignet ist, darauf hinzuweisen, wie tief verschieden die Lage Deutschlands 1919 und 1945, am Ausgangspunkt der Entwicklung nach dem zweiten Weltkriege, gewesen ist. Daß aber damit durch die deutsche Politik „eine reelle Chance verpaßt war“ (S. 237), könnte jedenfalls nur in einem sehr vorsichtigen, indirekten Sinne zugestanden werden.

Um so überzeugender sind die bleibenden strukturellen Gründe beleuchtet, die nicht unvermeidlich, aber doch in weitgehend zwingender Ursachenverkettung durch die ganze Weimarer Zeit hindurch die Herstellung eines gesunden Verhältnisses von Wehrmacht und Staat verhindert haben. Die Ausnahmelage der Revolution von 1918/19 machte das neue System sofort von der lebensrettenden Hilfe der Soldaten abhängig und ließ schon die „Vorläufige Reichswehr“ in den Rang einer „pressure group“ ersten Ranges aufsteigen. Die Spannung von Tradition und Revolution (S. 237 ff.) drängte das Heer, nicht nur aus militärisch-technischen Gründen seine Geschlossenheit und Straffheit gegen den krisengeschüttelten Staat abzuschirmen, sie führte auch dazu, daß die Wehrmacht als „Staat im Staate“ ihr soziales Gefüge bei der Ergänzung von Offizierskorps und Mannschaften (S. 258 ff., Adelsfrage) konsequent zu sichern suchte. Aus dem allem bildete sich eine Haltung von eher wachsender Starrheit heraus, die die Kluft gegen den neuen Staat so tief machte, daß selbst die wohlmeinenden Anstrengungen Groeners und in vielem auch Schleichers sie nicht überbrücken konnten. Überzeugend und wertvoll erscheint vor allem der Nachweis (S. 261), daß Seeckt in diesem Prozeß nicht Herr der Entwicklung, sondern von ihr abhängig und von ihr getrieben gewesen ist. Der von ihm herangezogene Typ des bürokratisch-militärischen Spezialisten (S. 261) befand sich in tiefem Gegensatz auch zu der Tradition des alten preußischen Offizierskorps, dessen „unpolitische“ Haltung zu jeder Zeit auf der entschiedenen Bejahung der Monarchie beruht hatte. Diese Kritik Seeckts gipfelt in der Feststellung, daß es sich bei der „Neutralität“ der Reichswehr gegen den Staat der Demokratie um einen durch den ersten Anprall der Revolution begreiflichen „Attentismus“ (S. 245) gehandelt hat. Seine komplizierten Voraussetzungen machten die Durchführung zu einer weitgehend von der Persönlichkeit des Trägers abhängigen Notlösung. Auch Seeckt hat nicht mehr die Kraft gefunden, aus der Bahn des von ihm selbst geschaffenen überparteilichen Traditionalismus herauszukommen, als sich der Weimarer Staat seit 1923 gegen seine ursprüngliche Erwartung für absehbare Zeit stabilisierte (S. 268).

Ebenso bedeutungsvoll als Hinweis auf ein oft übersehenes Problem ist die Energie, mit der hier gegen das politische Versagen der soldatischen Traditionsgebundenheit die umgekehrte Ohnmacht der politischen Linken in allen Fragen der Heeresgestaltung betont wird: der völlige Mangel an einer eigenen militärischen Konzeption in der plötzlich zur Verantwortung gelangten Sozialdemokratie,

das „Fehlen einer Militärpolitik überhaupt“ (S. 241) in diesem Lager, die dauernde Ergebnislosigkeit der bis zum (Magdeburger) Parteitag von 1929 vergeblichen Bemühungen der Partei (S. 270. Zu diesem Problem vgl. auch die ungedruckte Berliner Dissertation von Gust. Ad. Caspar: Die SPD und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik, Berlin 1954), auch nur zur Formulierung eines konkreten Wehrprogramms zu gelangen. Neben der Verantwortung des Offizierskorps für die Schwächung des demokratischen Staates steht doch auch die Hilflosigkeit der demokratischen Kräfte. Sie haben niemals den Ansatz für eine positive Personalpolitik gefunden, die den Weg zum Aufbau eines demokratischen Offizierskorps frei gemacht hätte (S. 284). Abschließend gelangt auch dieser recht kritische Betrachter zu der entschiedenen Ablehnung aller Thesen, die unter Verkenningung der wenigstens die Endphase seit 1930 nach einem Jahrzehnt der versäumten Gelegenheiten beherrschenden Zwangsläufigkeiten von einer „Alleinschuld“ des Offizierskorps an der nationalsozialistischen Machtergreifung sprechen. Die Reichswehr war nach diesem Gang der Dinge „für die Entscheidungsstunde nicht vorbereitet und versagte wie alle anderen Staatsorgane auch“.

Die Arbeit Sauers hat sich vor allem bemüht, nicht in der Personengeschichte steckenzubleiben, sondern ebenbürtig die allgemeinpolitischen wie sozialen Kräfte zu umreißen, die den tragischen Verlauf der Dinge von 1919 bis 1933 bestimmt haben. Inneres Gefüge und soziale Zusammensetzung der Reichswehr, die politische „Ersatzideologie“ ihrer Rolle als Stütze des Reiches, die sie an Stelle der fehlenden Verbindung mit dem konkreten Staate ausbildete, die mit allen Mitteln geförderte Betonung der Tradition des kaiserlichen Heeres, die, in sich begreiflich, doch ebenfalls durch diese mißliche Lage verfälscht wurde, sind so weitgehend behandelt worden, wie es mit dem gegenwärtig erreichbaren Material möglich erscheint. Das Ergebnis Sauers widerspricht auf das schärfste der verbreiteten Neigung, Macht und Kraftgefühl der Reichswehr der Weimarer Zeit erheblich zu überschätzen. Ihre Neutralität als Staat im Staate dem parteipolitischen Kampfe gegenüber sollte der Absicht nach gewiß eine Situation der balance of power erreichen, wenn auch die „Flankendeckung“ gegen Sozialdemokratie und Demokratie stets eine sehr viel größere Rolle spielte als die gelegentliche Abwehr gegen allzu weit gehende Zumutungen von der rechten Seite, die je länger, je mehr vor allem das jüngere Offizierskorps bedenklich zersetzten. Man war zwar sehr bereit, gegen Unruhen von links Waffengewalt zu gebrauchen, aber ein Zusammenstoß mit rechts erschien schon für das innere Gefüge der Truppe kaum tragbar. Auf die Dauer aber stellte sich heraus – und das wurde 1932 durch das berühmte Kriegsspiel Schleicher-Ott (S. 674) ganz deutlich, dessen Ergebnis zwar angezweifelt, aber doch sachlich zu gut motiviert ist, um einfach beiseite geschoben zu werden –, daß sehr ernste Zweifel bestanden, ob dieses jetzt einer wirklich durchschlagenden Führung entbehrende Hunderttausend-Mann-Heer der Aufgabe gewachsen sein würde, einer tiefgreifenden revolutionären Krise, zugleich von rechts und links her, Herr zu werden. Nicht die Hybris einer selbstverständlichen Überlegenheit gegen solche Erschütterungen, sondern

eine aus den Erlebnissen von 1918/19 geborene Scheu vor der Gefahr eines erneuten Bürgerkrieges ist die eigentliche Signatur der Stimmung in der Reichswehr gewesen.

Wenn die Arbeit Sauers so immer wieder auf die Bedeutung der nicht leicht faßbaren strukturellen Kräfte und allgemeinen Stimmungen in der Haltung der Reichswehr hinweist, so ist es ein Verdienst von Otto-Ernst Schüddekopf (*Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918–1933. Hannover-Frankfurt a. M. 1955*), in einem ansehnlichen Bande ein Quellenbuch zu dem Problem des Verhältnisses von Politik und Reichswehr vorgelegt zu haben, dessen Leistung erheblich über nur didaktische Zwecke hinausgeht. Es beschränkt den Begriff der Reichswehrführung nicht ängstlich auf die hierarchische Spitze, sondern hat mit Fleiß und Glück ein Material zusammengetragen, das den ganzen Strom des politischen Denkens im Offizierskorps zu erfassen sucht. Das Ergebnis ist ein erheblich vielgestaltigeres Bild, als die üblichen Freskozeichnungen der Reaktion des deutschen Soldaten auf Kriegsverlust, Sturz der Monarchie und Sieg der Demokratie ergeben. Wenn auch mit einiger Übertreibung schmalen Materials vorgetragen, ist doch der Hinweis zutreffend, daß im Offizierskorps des Wehrpflichtheeres vor 1914 an einzelnen Stellen das Problem des Verhältnisses zu den breiten Massenschichten, d. h. vor allem zu der Arbeiterbewegung, bereits gestellt worden ist. Ebenso fruchtbar ist die Konsequenz, mit der Schüddekopf immer wieder darauf hinweist, daß diese Schicksalsfrage nach der Erschütterung der Novemberrevolution und der bitteren Erfahrung der schnellen Auflösung des Kriegsheeres niemals wieder übersehen werden konnte. Über die oft behandelte Reaktion der bekannten Persönlichkeiten in der Reichswehrführung hinaus findet auch das Problem des jüngeren Offiziers, des Truppenführers, eine genügende Beachtung: die Entwicklung zum Freikorpsoffizier, bei der die romantisierend revolutionäre oder zum Routinier und Landsknechtstyp abstumpfende Wirkung der Kriegsjahre hervortritt, die notgedrungene Flucht des Reichwehroffiziers in die strenge Sachlichkeit eines Dienstes, die ihm zu keiner Zeit Befriedigung durch eine ihn erfüllende Idee gab, da der abstrakte Staatsgedanke der Führung, selbst eines Groener, dafür nicht genügte. Das Ende war die Probe des Ulmer Reichswehrprozesses, in dem selbst der damalige Oberst Beck sich vor die Motive der Angeklagten stellte, kurz jene Vertrauenskrise zwischen Führung und Geführten, die soviel dazu beigetragen hat, nacheinander Groener und Schleicher, aber auch die in der älteren Tradition lebende Generalität während der ersten Jahre des Nationalsozialismus zu lähmen.

Neben der inneren Entwicklung im Schoße des Reichwehroffizierskorps ist auch das Problem seiner Kontakte mit der Außenwelt durch eine Fülle von Dokumenten beleuchtet: die – von seiner Seite – mißtrauische Ablehnung gegen die stets kritische, ihm nur als Negation des Soldatischen begegnende Linke, die von der bewußt gepflegten Tradition unabsehbar stark gestützten Einflüsse der Rechtsparteien, vor allem auch der ehemaligen Führer des kaiserlichen Heeres bis zu der problematischen Haltung des Kronprinzen Wilhelm.

Nimmt man hinzu, daß die Einführungen und Anmerkungen des Herausgebers, stets selbständig in begründeter Kritik und bewertendem Urteil, mit immensem Fleiß fast eine Geschichte des Problems gegeben haben, indem sie alles erreichbare Quellenmaterial übersichtlich zusammenstellen, so ergibt sich eine Gesamtleistung von erheblichem Rang, der der Benutzer zu wirklichem Dank verpflichtet ist.

Mit diesen Arbeiten von Sauer und Schüddekopf sind der ausländischen Literatur zwei deutsche Gesamtbehandlungen des Heeresproblems unter der Weimarer Demokratie zur Seite gestellt worden, durch die die Forschungslage umrissen, der bisherige Bestand der Quellen gesammelt und eine vielversprechende Differenzierung des Urteils eingeleitet ist. Für diesen Zeitraum wird die Zukunft der Spezialstudie gehören, die die angeschnittenen Probleme vertiefen muß, sich aber auch dauernd vor die Frage gestellt sehen wird, wie die Lücken zu schließen sind, die sich aus der Tatsache ergeben, daß der dokumentarische Niederschlag der Reichswehrgeschichte bisher nur zum kleinsten Teile auf deutschem Boden der geschichtlichen Forschung zugänglich ist.

Es ist nicht möglich, hier die ganze Kette der Beiträge zu berücksichtigen, durch die diese Zeitschrift in Abhandlungen und Dokumentationen gerade unsere Kenntnis zur Geschichte des Heeresproblems bereichert hat. Wegen ihrer paradigmatischen Bedeutung sei nur die Abhandlung von Meier-Welcker (IV, 1956, S. 145–160) gestreift, die die Entstehungsgeschichte der Organisation des Reichswehrministeriums unter wertvoller Erweiterung unserer Quellenkenntnis bereichert hat. Wir besitzen durch sie Einblick in die Vorgänge, die von der Bildung der Vorläufigen Reichswehr (Gesetz vom 6. III. 1919) bis zur Ernennung Seeckts zum Chef der Heeresleitung (Verordnung vom 11. VIII. 1920), d. h. zu der für die ganze Epoche bestimmenden Stärke des militärischen Spitzenführers, neben dem – schließlich ohne parlamentarischen Staatssekretär isoliert dastehenden – zunächst zivilen Reichswehrminister geführt haben. Das Ringen, das sich zwischen Seeckt, Groener und Reinhardt, zwischen Tradition des Generalstabs und des preußischen Kriegsministeriums, in dieser Zeit abgespielt hat, war in Umrissen schon aus dem Buche von Dorothea Geyer-Groener über ihren Vater bekannt, das, wertvoll in seinem Material, anfechtbar und problematisch in seinen sehr persönlichen Wertungen, leider noch immer nicht genug direkten Groener gegeben hat, so daß man die auch bei Gordon Craig keineswegs erschöpfende Durcharbeit der Papiere des Groener-Nachlasses als abgeschlossen durch eine genügende Zusammenfassung bezeichnen könnte. In der Interpretation ist aber Meier-Welcker wohl durch die Sprache der Akten dazu geführt worden, die Stärke des im letzten Wesen doch einmal politischen Ringens – wenn Ringen um Einfluß und Macht politisch ist –, das sich hier abgespielt hat, zu unterschätzen, wenn er entscheidendes Gewicht darauf legt, daß nicht politische, sondern sachliche, d. h. doch wohl militärisch-technische und personelle Motive den Ausschlag gegeben hätten. Gewiß ist Seeckt dafür eingetreten, daß nach Revolution und Friedensschluß die Offiziere die unvermeidlichen Konsequenzen zogen, durch die allein die Kontinuität in der Ge-

schichte der Armee gewahrt werden konnte. Aber schon seine Haltung zum Kapp-Putsch beweist, daß man mehr von einer Kapitulation vor dem Zwang der Lage sprechen sollte, als davon, er habe 1919/20 „der jungen Republik mit mehr Verständnis gegenüber (gestanden), als man das später wahrhaben wollte“. Dies trifft insofern zu, als die Biographie Rabenaus durch den Zeitpunkt ihres Erscheinens gezwungen oder veranlaßt war, die Kluft zwischen Seeckt und der Weimarer Demokratie so tief wie möglich erscheinen zu lassen. Aber von einem irgendwie inneren Verständnis Seeckts zu sprechen, ist außerordentlich gewagt. Das Aufreizende im Bilde dieses unpolitisch-politischen Soldaten großen Stiles hat gerade darin bestanden, daß er für seinen Stand ein sehr überdurchschnittliches Gefühl für Realität und Schein der Macht besaß. Es ist kaum angängig, seinen Gegensatz gegen Reinhardt so stark auf die technische Seite zu reduzieren, wie es hier geschieht – auch der Kommentar der Groenerschen Notizen über die Schärfe der Spannungen spricht entschieden dagegen. Schließlich ist es richtig, daß das Berufsheer der Reichswehr – auch gegen Seeckts ursprüngliche Pläne – durch das Diktat der Siegermächte erzwungen worden ist. Aber kann man die politische Bedeutung, die seit 1920 der Chef der Heeresleitung durch die Persönlichkeit Seeckts gewann – mit der Konsequenz, daß er den zivilen, an das Parlament gebundenen Minister für die Zeit seiner Amtsführung so stark überschattete, wie es der Fall gewesen ist –, wirklich auf diese Ursache zurückführen? Es wäre sicher falsch, die Ära Seeckt nur auf die Persönlichkeit Seeckts zu reduzieren, aber es bleibt bestehen, daß seine Reaktion auf die innere Lage Deutschlands nach Revolution und Kapp-Putsch entscheidendes Gewicht besessen hat, und diese Reaktion läßt sich nicht von dem politischen Machtkampf jener Jahre trennen, an dem er sehr bewußt teilgenommen hat. Es handelt sich dabei um eines jener Probleme, das nicht aus der Sprache der Akten allein beantwortet werden kann, sondern für dessen Lösung die ganze Summe der verfügbaren Zeugnisse, verbunden mit einer kritischen Interpretation der wechselnden Situationen und Gesamtlage herangezogen werden muß.

Die Entwicklung des militärischen Problems in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ist auch behandelt in der vom Ausland durchweg sehr hoch bewerteten Harvard-Studie von Rob. G. L. Waite über die historische Bedeutung der Freikorps (*Vanguard of Nazism; the Free Corps Movement in Postwar Germany, 1919–1923*. Cambr./Mass. 1952). Sie hat ein Thema wiederaufgegriffen, das, früher in Deutschland sehr viel behandelt, durch die willkürliche und entstellende Glorifikation des Nationalsozialismus so in Mißkredit geraten ist, daß neuere deutsche Spezialstudien bisher fehlen. Verdienst und Fleiß der amerikanischen Arbeit müssen unbedingt anerkannt werden. Waites kritische Behandlung der berühmten Vereinbarung mit Groener vom 9. November 1918 wendet sich sehr entschieden gegen die törichte Tendenz, Ebert einen „Verrat“ an der Sache von Revolution und Sozialismus vorzuwerfen.¹ Die Zwangsläufigkeit der Ent-

¹ Eine auf eingehendem Studium der Frage beruhende, ungedruckte Berliner Dissertation von Wolfgang Sauer (1956) über diesen sogenannten „Pakt“ hat inzwischen geklärt,

wicklung, die die Führer der Mehrheitssozialdemokratie zu dem Appell an die bei Kriegsende freigesetzten militärischen Elemente nötigte, ist in der Hauptsache richtig gesehen, wie die Behandlung der Freikorpskämpfe (mit Einschluß des Baltikumfeldzuges) bis 1923 eine dankenswerte kritische Durcharbeit auf Grund der sehr vollständig beherrschten Literatur darstellt.

Freilich zeigt die Interpretation auch die ganze Schwierigkeit, die diese komplizierte Sturmzeit der Nachkriegsjahre dem Historiker bereiten muß, der nicht ganz unmittelbaren Zugang zum Chaos der damaligen deutschen Lage besitzt. Die Verbindungslinien, die Waite – literarisch übrigens bezeichnenderweise nicht übel „belegt“ – von der unbestimmt gefühlsmäßigen Romantik der deutschen Jugendbewegung vor 1914 über das Weltkriegserlebnis zu dem anarchischen Einschlag der Freikorpsperiode zieht, scheinen sich mit der Verwertung der Bücher Ernst Jüngers über die weniger gefühlsbeschwerte, sehr robuste Gemeinschaftsromantik der Sturmbataillone zu einer sehr suggestiven ideengeschichtlichen These zusammenzufügen. In der Wirklichkeit stehen die Dinge wesentlich anders: Von der nahezu völlig unpolitischen Ebene der Jugendbewegung bis zum Hohen Meißner (1913) laufen die Entwicklungsfäden unendlich viel breiter gefächert auseinander, als es hier im literarischen Spiegelbild erscheint. Der bestimmende und prägende Einfluß der Erlebnisse seit 1914 überwiegt an Bedeutung die intellektuellen Motive und die ideologischen Verbindungslinien, die hier gezogen sind, um ein Unendliches. Diese Thesen erscheinen fast als ein Schulbeispiel, wie bedenklich eine psychologisierende und konstruierende Interpretation auf wesentlich literarisch gewonnener Grundlage sein kann, mag das methodische Verfahren auch noch so angesehene Vorbilder besitzen. Wo der Verfasser dagegen auf der Basis solider Tatsachenfeststellung fußt, leistet er immer wieder Nützliches. Dazu gehört der Nachweis, in wie hohem Maße nicht die, aber doch sehr zahlreiche Veteranen der Freikorpsbewegung in das Führerkorps des Nationalsozialismus eingeströmt sind. Waite legt das Ergebnis von 250 biographischen Skizzen vor, die in ihrer Gesamtheit ein nicht zu übersehendes und überzeugendes Beweismaterial darstellen. Die Tatsache schließlich, daß ein Friedensoffizierskorps (1914) von 22112 aktiven und 19230 Reserveoffizieren im Jahre 1914 bei Kriegsende um mehr als 200000 Kriegsoffiziere erweitert worden war, der Kontrast dieser Ziffer zu den 4000 Offizieren, die der Reichswehr zugestanden wurden, ist ein soziologischer Hintergrund, der bei jeder Behandlung unseres Problems niemals genug betont werden kann.

Diese grundlegende Tatsache eines doppelten und dreifachen Umbruches binnen drei Jahrzehnten sollte eindringlich vor der Neigung warnen, die Summe dieser Entwicklung auf einen allzu massiv einfachen Generalnenner zu bringen. Man

daß beide von sehr verschiedenen politischen Voraussetzungen ausgingen. Ebert war insbesondere im November noch keineswegs gewillt, die Zusammenarbeit mit den maßvolleren Führern der USPD (Hugo Haase) dem unvermeidlichen Zusammengehen mit der OHL zu opfern. Erst im Januar 1919 erfuhr die Lage durch die Absage dieser Partei eine entscheidende Zuspitzung.

Vierteljahrshefte 4/4

sollte nicht vergessen, daß außerdem dieser Apparat unter dem Druck einer revolutionär beschleunigten Zeitgeschichte stand, die auch in der Heeresgeschichte des Auslandes zu Peripetien der eingreifendsten Art geführt hat: Man denke an den wiederholten Wechsel von Aufrüstung und Abrüstung – bis zum Skelett hinunter –, den die englische und amerikanische Armee durchmachten, an die Umschichtung von der zaristischen zur Roten Armee in Rußland, an die Wandlungen, die Frankreich zwischen 1919 und 1946 durchmachte. Nimmt man hinzu, daß dies alles mit einem Zeitalter der politischen, sozialen und technischen Revolution gekoppelt war, so wird deutlich, wie begrenzt jede Untersuchung ist, die sich auf die deutsche Heeresgeschichte beschränkt und ihre Ursachenketten nur im Bereich der nationalen Staatsgeschichte aufsucht. Auch heute steht es noch so, daß an eine Sprengung dieser Schranken in der Praxis der Literatur kaum zu denken ist. Es bedeutet schon einen Fortschritt, wenn wir einmal ein Bild der deutschen Heeresentwicklung nach der kritischen Beobachtung eines der großen Nachbarländer erhalten.

Während die Forschung der letzten Jahre die Beziehungen der Reichswehr zur Roten Armee eifrig untersucht hat, diese aber schon aus Gründen der Quellenlage nur von der deutschen Seite her erfassen konnte, ist jene Forderung in höchst wertvoller Weise erfüllt durch das Buch des Franzosen Georges Castellan über die heimliche Aufrüstung des Reiches von 1930 bis 1935 (*Le Réarmement clandestin du Reich 1930–35. Vu par le 2e Bureau de l'État-Major Français. Paris 1954*). Das umfangreiche und sehr vielgestaltige Material, das er zu diesem in Verteidigung und Schuldanklage gegen die Reichswehr so viel erörterten Thema aus den Akten des Nachrichtendienstes des französischen Generalstabes vorlegt, erweitert nicht nur unsere Detailkenntnisse. Der Grad relativ offener Erörterung über das heikle Thema der Auflösung des militärischen Diktates von Versailles ist in den kritischen Jahren 1930–33 sehr viel größer gewesen, als man nach der in der bisherigen Literatur sich spiegelnden Annahme meinen sollte, eine ahnungslose Außenwelt sei von einer in tiefes Geheimnis gehüllten deutschen Aufrüstung mehr oder weniger überrumpelt worden. Castellan kann in seinem Schlußkapitel feststellen (S. 497 ff.), daß der französische Nachrichtendienst alle Phasen in der bis 1935 dauernden Vorbereitung der deutschen Wiederaufrüstung ebenso zutreffend erkannt hat, wie dies nach den englischen Akten auch die britischen Beobachter in Berlin getan haben. Als die Regierung Brüning im Herbst 1931 sich endgültig entschloß, die Rüstungsfrage aufzugreifen, ist dies der Außenwelt weder durch die Politiker (Staatssekretär v. Bülow), noch durch die Militärs (v. Hammerstein) im geringsten verschleiert worden. Die selbstverständlichen technischen Reserven sind von dem gut arbeitenden Nachrichtendienst Frankreichs ebenfalls in der Hauptsache entschleiert worden. Eine nennenswerte Fehleinschätzung dessen, was in Deutschland vor sich ging, ist bis 1935 kaum festzustellen; eher hat man in Paris für die nun erst beginnende Phase der großen Hitlerschen Rüstungsanstrengung gelegentlich durch einen Optimismus gefehlt, der geneigt schien, die nun mögliche Beschleunigung zu unterschätzen.

Das Ergebnis des Castellanschen Buches ist im ganzen eine große Einschränkung der Neigung, auch auf diesem Gebiete die Dinge dadurch zu vereinfachen, daß man – abgesehen von dem Willen aller deutschen Soldaten, die einseitige Abrüstung von Versailles nicht als endgültig hinzunehmen – den Ertrag der geheimen deutschen Vorarbeiten für die spätere wirkliche Wiederaufrüstung überschätzt und infolgedessen die geradlinige Zielstrebigkeit der deutschen Entwicklung von Versailles zu Hitler weitaus übersteigert hat.

Es ist sehr bezeichnend – und der Realität näher kommend als das Gegenteil (vgl. dazu den bekannten, hier voll bestätigten Aufsatz von Helm Speidel: Reichswehr und Rote Armee. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte I/1953, S. 9–44) –, daß das 2e Bureau über den militärischen Ertrag der deutschen Zusammenarbeit mit Moskau sehr skeptisch dachte und durchaus Einblick in die Auffassung derjenigen deutschen Kreise besaß, die diese Verbindung mit der Sowjetunion eher als gefährlich ansahen. Ebenso charakteristisch sind die Urteile über das in den Verhandlungen jener Jahre so oft zitierte deutsche Wirtschaftspotential (S. 209 ff.), dessen Stärke nicht übersehen worden ist, dessen Grenzen aber – etwa im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten – diesen Beobachtern durchaus klar waren. Vor allem widerlegt das hier ausgebreitete Material endgültig jede mythische Vordatierung und Überschätzung der bis 1935 durchgeführten deutschen Wiederaufrüstung, für die allein das Heer und seine Planungen seit Seeckt, Groener und Schleicher direkt verantwortlich gemacht werden könnten. Auch wenn diese Arbeit (S. 95) noch eine durchgehende Linie von Groener und Schleicher zu Blomberg und Hitler zieht, macht sie doch die politische Differenzierung sehr deutlich durch den Nachweis, daß vor 1933 immer wieder von der politischen wie der militärischen Seite versucht worden ist, das Verhältnis zu Frankreich zu bessern. Es wird betont (S. 75), daß man sich noch Ende 1931 erst am Vorabend einer wirklichen Ausdehnung der Reichswehr befunden habe. Die ganzen Jahre 1930–32 (bis zum Sturz Brüning) sind nur erst eine Periode der Studien und Projekte gewesen. Noch Ende 1930 (S. 70 ff.) stellte das 2e Bureau fest, daß die Reichswehr bisher eine „Armée d’attente“ in dem allgemeinen Rahmen der Bestimmungen des Versailler Vertrages geblieben sei.

Ebenso nüchtern wie die Vorbereitung der Wiederaufrüstung bis 1932 haben die französischen Beobachter aber auch die Ergebnisse der Anstrengungen Hitlers bis zu der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 beurteilt. Allerdings ist die Überlegenheit der Menschenreserven für sie stets der unheimlichste Zug im Gesamtbild gewesen. Und diesen Faktor besonders haben sie seit 1933 mit steigender Sorge verfolgt, als durch den Nationalsozialismus die ziffernmäßige Stärke der paramilitärischen Formationen, der Forces Noires, durch die Militarisierung des ganzen deutschen Lebens ins Ungemessene gesteigert wurde (S. 301 ff.). Die deutschen Reserven dieser Art, 1933 auf etwa 800 000 Mann geschätzt, entzogen sich schließlich 1935 praktisch jeder genaueren Berechnung. Allerdings wußten auch die Franzosen, daß die zahlenmäßige Hauptmasse, die 1933 auf 3, 1935 noch auf 1,1 Millionen berechneten Formationen der SA, im wesentlichen nur der

inneren Beherrschung des Reiches dienen konnte. Obwohl sie die Stärke des Heeres jetzt auf 300 000 Mann schätzten, waren ihnen jene schwachen Punkte, die nach unserer heutigen Kenntnis noch bis 1938 bestanden und darüber hinaus fortwirkten, ebenfalls bekannt: so die völlig ungenügende Stärke des Offizierkorps (1935 etwa 8000 statt 20 000 auf eine Armee von 21 Divisionen) und die Tatsache, daß es bei weitem nicht geglückt war, die Motorisierung in dem geplanten Umfange durchzuführen. Die Franzosen hielten auch (S. 160) nur 400 der vorhandenen Flugzeuge für militärisch wirklich verwendungsfähig.

Das alles mag sie im einzelnen zu einem überstarken Gefühl der Sicherheit verleitet haben. Aber es ist das unbestreitbare Verdienst des Buches, die Erörterung dieses heiklen Themas auf eine solide Grundlage gestellt zu haben, von der aus eine ernsthafte Erörterung überhaupt erst möglich wird, damit sich die Phase der unzulänglichen Generalisierungen endlich ihrem Ende nähert.

Etwas Verwandtes gilt heute auch für die Geschichte des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Wehrmacht, zu der abschließend zwei größere Veröffentlichungen gewürdigt werden sollen, in denen deutlich wird, daß die Arbeit des Münchener Institutes für Zeitgeschichte und des mit ihm zusammenarbeitenden Personenkreises jetzt ihre Früchte zu tragen beginnt. Es zeigt sich, daß trotz schmerzlicher Lücken des dokumentarischen Materials die zeitgeschichtliche Arbeitsmethode einer großzügig durchgeführten, rechtzeitigen Befragung der überlebenden Zeugen mit Erfolg in Angriff genommen worden ist.

Wir haben als Ergebnis dieser Arbeit in absehbarer Zeit eine Studie von Thilo Vogelsang über Wehrmacht und Staat, 1929–1933, zu erwarten, die diese Übergangskrise von deutscher Seite ergänzend zu den Büchern von Castellán und Bracher-Sauer behandeln wird.

Zuerst in den Beilagen der Wochenzeitung „Das Parlament“, jetzt in abschließender Form in dem Sammelband: „Die Vollmacht des Gewissens“ (herausgegeben von der „Europäischen Publikation e. V. München“ 1956, S. 175–380), hat Helmut Krausnick eine überaus fleißige Studie über „Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes“ gegen Hitler für die Jahre 1933–1939 vorgelegt und damit eine der nützlichsten und in ihrer kritischen Sachlichkeit eindruckvollsten Publikationen der letzten Jahre gegeben. Im Gegensatz zu dem vorliegenden Freskobilde einhelliger oder überwiegender Begrüßung der Anfänge des Nationalsozialismus, aber im Gegensatz auch zu einer ebenso bedenklichen Überbewertung der Gegensätze von Heerestradiation und nationalsozialistischer Revolution wird hier aus einer großen Fülle von plastischen Einzelzeugnissen die ganze Skala der Reaktionen klar, mit denen das Heer – im wesentlichen Objekt, nicht Träger der Machtergreifung – die neue Lage aufnahm.

Umstrittene Fragen wie sein Verhalten zum Röhmputsch von 1934 sind durch minutiöse Untersuchungen der Einzelheiten so weitgehend wie möglich geklärt. Es zeigt sich mit großer Stärke, daß die Bedenken gegen den Nationalsozialismus weiter reichten, als man meist angenommen hatte. Sie treten selbst bei Blomberg nicht nur im Beginn, sondern – wenigstens im mündlichen Gespräch – sogar noch

im Herbst 1935 wieder auf. („Ja, wissen Sie, diese Leute sind solche Herostraten.“) Selbst der General v. Reichenau ist nach dem Ergebnis dieser Arbeit zum Teil in die Front der Offiziere einzureihen, die wenigstens den Einbruch der Partei in die Stellung der Armee als des einzigen Waffenträgers des Staates bekämpften.

Die Arbeit hat über die Vorgeschichte des 30. Juni 1934 eine Fülle neuen Lichtes gebreitet, so daß das verhängnisvolle Bündnis der Reichswehrführung Blomberg-Reichenau mit Hitler und Himmler jetzt zweifellos auf die Suggestion zurückgeführt werden muß, daß sie selbst durch die SA unmittelbar bedroht seien. Sie verschafft uns auch genügenden Einblick in die Ursachen, die die so oft kritisierte Langsamkeit der Bildung eines militärischen Widerstandes bewirkt haben. In seiner Gesamtheit ist dies Material ein erschütternder Beitrag zu den Konsequenzen, die die Erziehung zum „unpolitischen“ Soldaten seit 1918 gebracht hat: ebenso erschütternd in der Feststellung des sich selbst täuschenden Idealismus, der sich verzweifelt an den Glauben klammerte, daß die nationale Revolution ihren gesunden Kern haben müsse, daß Hitler persönlich nicht für die Ausschreitungen verantwortlich gemacht werden könne, wie für die lähmende Wirkung des soldatischen Gehorsamsstandpunktes, der durch den irrigen Glauben an die Legalität des von Hindenburg gedeckten Umschwungs von 1933 gestützt wurde.

Zu dem allen kam noch die bindende Kraft des Führereides von 1934. Die Grenzen eines Fritsch, bei dem alle diese Schranken des reinen Soldaten besonders deutlich sind, werden durch sehr erhebliche Erweiterung der über ihn vorliegenden Aussagen abschließend deutlich. Die Figur Halders gewinnt durch die Beleuchtung auch seiner Vergangenheit als Generalstabsoffizier der Division in Münster. Die sehr eingehende Behandlung Becks und der Sudetenkrise von 1938 steht in starkem Gegensatz zu der herabsetzenden Kritik Wheeler-Bennetts und nimmt, direkt ausgesprochen und zwischen den Zeilen zu lesen, Stellung zu der ganzen Fülle der an sie geknüpften Kontroversen. Die Schwächen und Grenzen dieser ersten Generalsverschwörung sind keineswegs verschleiert. Ihr lebender Mittelpunkt, Beck, hatte sich zwar mit voller Klarheit zu der Erkenntnis durchgerungen, daß „außergewöhnliche Zeiten außergewöhnliche Handlungen verlangen“, aber Tradition und Erziehung des deutschen Offiziers – mit Ausnahme des kleinen Kreises der jüngeren Verschwörer um Oster – war sehr entfernt von dem revolutionären Radikalismus, der sie vielleicht über die Grenzen ihres tatsächlichen Verhaltens im Jahre 1938 hätte hinausführen können. Selbst Reichenau verkannte 1939 nicht, daß „der Mann (Hitler) sich gewaltig irrt, wenn er glaubt, daß dieser Krieg in wenigen Wochen beendet werden kann. Das wird kein Krieg von sechs Wochen, das wird ein Krieg von sechs Jahren“. Aber jene Schranken des militärischen Widerstandes, die schon im Herbst 1938 deutlich werden, wirkten nach der entscheidenden Ernüchterung durch das Münchener Kompromiß der Westmächte mit dem erfolgreichen Diktator sich 1939 in doppelter Lähmung aus, während die frühere These des Auslandes, daß die Generale den Krieg gegen Polen und den Pakt mit Rußland als Erfüllung der Seecktischen Tradition betrachtet hätten, in keiner Weise die behauptete ausschlaggebende Rolle gespielt hat.

In dem gleichen Sammelbande (Die Vollmacht des Gewissens, S. 381–524) hat Kurt Sendtner eine eingehende Studie über die Militäropposition im ersten Kriegsjahre vorgelegt, die für die Krise zwischen Ausgang des Polenkrieges (1939) und Beginn des Westangriffes (1940) ein erschöpfendes Bild der Bemühungen gegen die endgültige Ausweitung des Ringens zum Weltkrieg zeichnet. Auch hier ist das uns bekannte Material wesentlich erweitert worden, und zwar nicht nur für die rein militärische Opposition, sondern auch für die politischen Anknüpfungen mit England durch die Verhandlungen Dr. Müllers im Vatikan. Ihr Ergebnis wurde durch Brauchitsch als „glatter Landesverrat“ zurückgewiesen, da seine sehr begrenzte Widerstandskraft durch den Zusammenstoß mit Hitler am 5. 11. 39 endgültig erschüttert war. Nachdem in dieser Krise nach Osters Formulierung der Vorwurf der Feigheit durch den Diktator auch die Mutigen wieder feige gemacht hatte, ist im Grunde diesem Anlauf das Rückgrat gebrochen gewesen. Auch Halders mißtrauische Bedenken gegen die Tragfähigkeit der in Rom gegebenen englischen Zusage für die Erhaltung des Reiches in den Grenzen von 1937, falls der Staatsstreich erfolgreich sein sollte, verlangten greifbar Unerreichbares. Sie sind im Grunde doch wohl nur aus dieser gesamten Stimmung der Resignation im vollen Umfange zu verstehen. Auch er ist für die beispiellose Aufgabe der Verschwörung im Kriege zu weich gewesen und hat zwischen Episoden der Stärke und der Schwäche durch innere Lähmung geschwankt. Nur so ungebrochene Naturen wie Oster in seinen Gesprächen mit dem holländischen Militärattaché Oberst Sas haben mit der Mitteilung der deutschen Angriffsabsicht die letzten Konsequenzen gezogen. Die Arbeit weist zu diesem leidenschaftlich umstrittenen Thema nach, daß die behaupteten Opfer unmöglich eingetreten sein können, weil Holland durch die stete Verschiebung der deutschen Angriffstermine skeptisch gegen solche Warnungen geworden war und selbst jetzt noch eine rechtzeitige Alarmierung versäumte. Sie weist aber auch darauf hin, daß die Geheimhaltung der Offensivpläne Hitlers durchaus ihre Grenzen besessen hat, weil sie nach italienischen Zeugnissen, vor allem dem Tagebuch Cianos, durch eine ganze Kette von prahlerischen Indiskretionen nationalsozialistischer Würdenträger durchbrochen worden ist.

Das Ergebnis dieser zweiten Arbeit ist geeignet, die inneren und äußeren Schwierigkeiten der militärischen Opposition ebenso deutlich zu machen wie die Studie von Krausnick. Beide zusammen besitzen ihren Hauptwert in dem Fortschritt, den sie auf dem Wege zu einer wirklich geschichtlichen Klärung des Heeresproblems darstellen. Wie für seine Vorgeschichte bis 1918, gilt auch für den tragischen Schlußabschnitt des Dritten Reiches, daß sein Verständnis unerreicht bleibt, wenn es unter dem Vorzeichen konstanter Eigenschaften der deutschen Nation, ihres Charakters und ihrer Geschichte zugleich verabsolutiert und isoliert wird, anstatt seine Entwicklung unter dem historischen Gesichtspunkt der Wechselwirkung geschichtlich bestimmten Erbes und der auf es einwirkenden Ereignisse zu betrachten, die gerade in den Jahrzehnten seit 1914 von einmaligem Charakter und ausnahmsweiser Wucht gewesen sind.